

spectra

123



Umfassende Gesundheitspolitik

4 Die Auswirkungen des Klimawandels

Der Klimawandel hat nicht nur negative Auswirkungen auf Flora und Fauna, sondern auch auf die Gesundheit der Menschen. Klimaszenarien zufolge wird es in Zukunft noch deutlich mehr Hitzewellen geben. Die Bevölkerung vor den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels zu schützen, ist eine wichtige Aufgabe verschiedener Bundesämter.

5 Damit Lärm nicht krank macht

Lärm beeinträchtigt die Gesundheit der Menschen auf vielfältige Weise. Selbst dann, wenn die Betroffenen den Lärm gar nicht bewusst wahrnehmen. Massnahmen zur Lärmreduktion kommen daher grosse Bedeutung zu. Mehrere Bundesämter versuchen auf unterschiedliche Weise, die Lärmbelastung der Bewohnerinnen und Bewohner in der Schweiz zu reduzieren.

6/7 Die Schweiz könnte es noch besser machen

Wenn es um umfassende Gesundheitspolitik geht, ist die Schweiz zwar Weltklasse, aber nicht Weltspitze. Ilona Kickbusch, eine der weltweit renommiertesten Expertinnen auf dem Gebiet, erklärt im Interview unter anderem, was unser Land noch besser machen könnte und woran eine umfassende Gesundheitspolitik in der täglichen Praxis scheitert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG

Ein gemeinsames Verständnis von Gesundheit entwickeln

Es braucht mehr als Gesundheitspolitik, um die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Denn Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, die ausserhalb des Gesundheitswesens liegen. Es braucht einen umfassenden Ansatz und die Zusammenarbeit des BAG mit anderen Bundesämtern und Bundesstellen. Wichtig ist, dass alle Akteure ein gemeinsames Verständnis von Gesundheit entwickeln.

Gesundheit entsteht vor allem in der alltäglichen Umgebung der Menschen: Dort, wo sie wohnen, lernen, essen, spielen, Velo fahren, arbeiten, lieben. Viele verschiedene Faktoren (Gesundheitsdeterminanten) haben einen Einfluss auf die Gesundheit der Menschen (siehe Infografik). Zunächst gehören dazu persönliche Determinanten wie die geerbte Veranlagung, das soziale Umfeld und das individuelle Gesundheitsverhalten. Aber auch

– Determinanten wie diese werden weitgehend durch Politiken ausserhalb der eigentlichen Gesundheitspolitik gesteuert, in Bereichen also, auf die das BAG relativ wenig Einfluss hat.

Der Bericht «Gesundheit2020», der die gesundheitspolitischen Prioritäten des Bundesrates definiert, hält fest: «Der Gesundheitszustand der Menschen in der Schweiz wird zu 60 Prozent von Faktoren ausserhalb der Gesundheitspolitik be-

stimmt.» Gesundheitspolitische Massnahmen im engeren Sinne greifen deshalb oft zu kurz oder werden durch politische Massnahmen und Trends in anderen Politikfeldern überlagert. Gesundheitspolitik allein kann gesundheitliche Chancenungleichheit also nicht beheben. Es braucht einen breiteren Fokus, über die Gesundheitspolitik hinaus, und Massnahmen, die nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb des Gesundheitsbereichs umgesetzt werden.

Eine wirkungsvolle Gesundheitspolitik muss auf einer breiten politischen Ebene quer durch alle Bundesämter und Bundesstellen ansetzen, indem sie darauf hinwirkt, dass Gesundheitsaspekte bei wichtigen Entscheiden mitberücksichtigt werden, etwa bei Gesetzes- und Verordnungsänderungen. Das ist das Ziel der umfas-

senden Gesundheitspolitik (englisch «Health in All Policies»). Im Bericht «Gesundheit2020» steht dazu: «Diese gesellschaftlichen und umweltbedingten Determinanten sollen auf Bundesebene durch eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Departementen gezielt verbessert werden.»

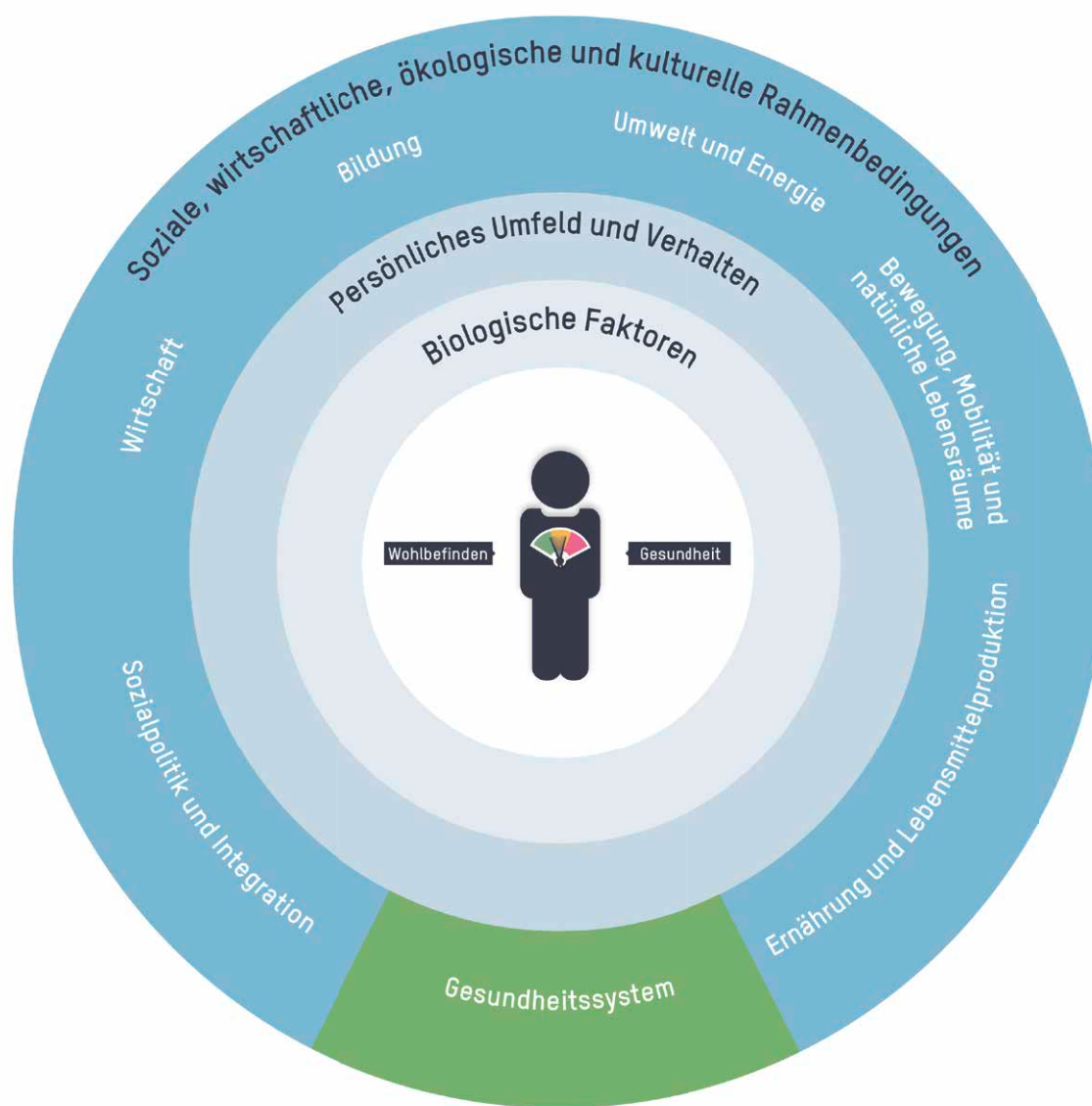
Dabei gibt es Determinanten, auf die das Individuum Einfluss nehmen kann, wie Ernährung und Bewegung, und andere, bei denen der individuelle Einfluss begrenzt ist, etwa Arbeit oder Einkommen. Bei gewissen Determinanten ist kaum individuelle Einflussnahme möglich (globale Wirtschaftslage, Krieg oder Frieden). Die Verantwortung für die Gesundheit liegt also nicht alleine beim Individuum selbst, sondern auch bei den verschiedenen Politiksektoren, bei Wirtschaft und Gesellschaft. >

Die Verantwortung für die Gesundheit liegt nicht alleine beim Individuum, sondern auch bei den verschiedenen Politiksektoren, bei Wirtschaft und Gesellschaft.

die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen haben direkt oder indirekt einen Einfluss auf die Gesundheit. Konkret geht es hier zum Beispiel um Determinanten wie Einkommen, Bildung oder Luftverschmutzung:

- Personen mit tiefem Einkommen leiden fast doppelt so häufig an Diabetes wie Personen mit hohem Einkommen.
- Gut ausgebildete Personen sind in der Regel gesünder als Personen mit einem obligatorischen Schulabschluss.
- Aufgrund der Luftverschmutzung sterben in der Schweiz jährlich rund 3000 Personen vorzeitig.

Auch Strassenverkehrslärm, Hitze oder der Zugang zu Schusswaffen können die Gesundheit beeinflussen. Zu all diesen Themen finden Sie in dieser spectra-Ausgabe weitere Informationen. Die Beispiele zeigen einerseits, dass Gesundheit in der Schweiz ungleich verteilt ist, dass nicht alle in der Schweiz die gleiche Chance auf ein langes und gesundes Leben haben. Und sie zeigen andererseits, dass Gesundheit viele Politikbereiche betrifft, nicht nur die Gesundheitspolitik. Einkommen, Bildung, Luftqualität:



Das Gesundheitssystem ist nur eine von vielen Gesundheitsdeterminanten. Gesundheit entsteht zu einem grossen Teil ausserhalb des Gesundheitssystems. Die drei Ebenen «Biologische Faktoren», «Persönliches Umfeld und Verhalten» und «Soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Rahmenbedingungen» stehen in einer ständigen Wechselwirkung zueinander. Das Individuum kann sein Umfeld nur bedingt selbst gestalten. Auf gewisse Faktoren, die seine Gesundheit beeinflussen, hat es wenig bis gar keinen Einfluss.



Eine intakte Umwelt fördert die Gesundheit. Umgekehrt kann die Umwelt die Gesundheit beeinträchtigen: Beispiele sind Lärm, Luftverschmutzung, aber auch Hitzewellen, deren Auswirkungen vor allem ältere Menschen betreffen.

Aus erster Hand



Pascal Strupler,
Direktor
Bundesamt für
Gesundheit

Gesundheit entsteht im Alltag der Menschen

Die Zahlen zur Lebenserwartung in Schweizer Gemeinden sind eindeutig: In wohlhabenden, vor allem urbanen Gemeinden und Zentren wie Zürich, Bern, Basel, Genf und entlang von Seen ist die Chance auf ein langes Leben hoch. In den Gemeinden mit der höchsten Lebenserwartung beträgt diese beinahe 83 Jahre. In ärmeren, eher ländlich geprägten Gemeinden und Bergdörfern beträgt die Lebenserwartung hingegen 78 Jahre. Nicht alle Menschen in der Schweiz haben demnach die gleiche Chance auf ein langes und möglichst gesundes Leben.

Die Gründe für diese Unterschiede sind allerdings nicht so eindeutig. Klar ist, dass nicht die Qualität der Spitäler oder der Zugang zu Gesundheitsfachleuten für die Unterschiede hauptverantwortlich sind, sondern andere Faktoren wie Ausbildung, Einkommen oder Zivilstand. Bei sozial benachteiligten Personen treten psychische Erkrankungen inklusive Suchterkrankungen häufiger auf. Nicht selten leben diese Personen in Wohngebieten mit mehr Lärm und Luftverschmutzung und weniger Grünflächen. Auch der Tabakkonsum ist bei Personen mit geringem Einkommen erhöht. Wer in Armut lebt oder arbeitslos ist, hat tendenziell eine schlechtere Gesundheit sowie eine geringere Lebenserwartung und hat auch ein vielfach erhöhtes Risiko, an einer schweren Krankheit zu leiden.

Gesundheitliche Chancengleichheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Um sie zu fördern, arbeitet das BAG mit anderen Bundesämtern zusammen. Denn Gesundheit «entsteht» nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch in anderen Politikfeldern. Es geht darum, allen Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Landes einen möglichst gesunden Alltag zu ermöglichen – sei es nun zu Hause in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit. So betrachtet, ist Gesundheit eine Aufgabe, die nahezu alle Bundesstellen betrifft. Das BAG ist bereit, diese bei der Erarbeitung von Lösungen zu unterstützen, die positive Auswirkungen auf die Gesundheit haben, und bestehende Kooperationen auszubauen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, die Gesundheit der Bevölkerung und die gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern – zusammen mit allen Akteuren, die dies beeinflussen können.

Fokus auf sechs Themenfelder

Das BAG fokussiert bei der Umsetzung der umfassenden Gesundheitspolitik auf sechs Themenfelder, die gemeinsam mit dem Departement des Innern definiert wurden. In diesen, im Folgenden kurz skizzierten Themenfeldern soll die Zusammenarbeit zwischen den involvierten Bundesstellen intensiviert und systematischer angegangen werden.

1. Umwelt und Energie

Eine möglichst intakte Umwelt (Boden, Luft, Wasser, Erholungsräume) fördert die Gesundheit. Umgekehrt kann die Umwelt die Gesundheit beeinträchtigen. Beispiele sind Lärm, Luftverschmutzung, aber auch Hitzewellen, deren Auswirkungen vor allem ältere Menschen treffen. Auch Rückstände von Medikamenten (hormonaktive Stoffe) sowie antibiotikaresistente Bakterien sind problematisch. Eine erhöhte Radonkonzentration in Innenräumen kann zu Lungenkrebs führen.

2. Wirtschaft

Wirtschaft und Gesundheit sind eng miteinander verknüpft. So können Wirtschaftskrisen und damit verbundene Entlassungen grossen Einfluss auf die Gesundheit der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihrer Angehörigen haben. Arbeit kann krank machen, Stichworte sind Stress oder Rückenprobleme. Ein gutes Arbeitsumfeld und ein gesunder Arbeitsplatz wiederum erhöhen die Gesundheit der Menschen, geben Selbstvertrauen und Stärke. Arbeit kann also auch für die Stärkung der psychischen Gesundheit eine wichtige Rolle spielen.

3. Ernährung und Nahrungsmittelproduktion

Die Ernährung hängt eng mit der Gesundheit zusammen. In der Schweiz nehmen nichtübertrag-

bare Krankheiten (NCD) zu. Drei Hauptfaktoren, die das Auftreten dieser Krankheiten begünstigen, haben mit der Ernährung zu tun: Bluthochdruck, zu hohe Cholesterinwerte und Übergewicht/Fettleibigkeit. Infizierte Lebensmittel können auch zur Verbreitung von gefährlichen Keimen beitragen (Gastroenteritiden, Listeriose).

4. Bildung

Wie Babys, Kinder und Jugendliche aufwachsen und geschult werden, hat einen wichtigen Einfluss auf ihren Lebensstil und auf ihre Gesundheit im Erwachsenenalter. Einerseits eignen sich Kinder in der Schule gesundheitsbezogene Kompetenzen an, andererseits beeinflussen Schulerfolg und Bildungsniveau die Berufswahl, den Lohn und den Wohnort, was sich wiederum positiv oder negativ auf die Gesundheit auswirkt.

Sozial schlechter gestellte Gruppen sind eher gesundheitsschädigenden Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen ausgesetzt.

5. Bewegung, Mobilität und natürliche Lebensräume

Bewegung spielt eine wichtige Rolle bei der Vermeidung und der Behandlung nichtübertragbarer Krankheiten (wie Diabetes, Krebs, Atemwegs-, Herz-Kreislauf- sowie muskuloskeletale Erkrankungen). Bewegung hilft auch bei der Bewältigung von psychischen Problemen wie Stress, Angst und Depressionen und fördert in allen Lebensphasen die körperliche und geistige Autonomie.

6. Sozialpolitik und Integration

Soziale Sicherheit und Integration sind entscheidende Gesundheitsde-

terminanten. In der Schweiz bestehen deutliche Unterschiede zwischen sozialen Gruppen in Bezug auf Gesundheitsverhalten und Gesundheitszustand. Armut, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung beeinträchtigen die Gesundheit direkt. Sozial schlechter gestellte Gruppen sind eher gesundheitsschädigenden Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen ausgesetzt. Auch problematisches Suchtverhalten, insbesondere Alkoholabhängigkeit, kann zu sozialer Isolation, Arbeitsplatzverlust und Armut führen.

Rahmenbedingungen verbessern

In all diesen Themenfeldern versucht das BAG, gemeinsam mit anderen Ämtern, die Rahmenbedingungen für eine möglichst gute öffentliche Gesundheit zu verbessern. Es hat dabei nicht den Anspruch, in möglichst vielen dieser Politikbereiche den Lead zu übernehmen; es möchte stattdessen vor allem Themen und Anliegen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort einbringen und andere Bundesstellen bei Lösungen unterstützen, die sich positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken. Konkret geschieht dies zum Beispiel in Form von Ämterkonsultationen oder von Einsitz in Arbeits- und Projektgruppen anderer Bundesstellen. Last, but not least geht es darum, dass alle Akteure ein gemeinsames Verständnis von Gesundheit entwickeln.

Kontakte:

Karin Gasser, Co-Leiterin Sektion
Gesundheitliche Chancengleichheit,
karin.gasser-GP@bag.admin.ch

Judith Wenger, Wiss. Mitarbeiterin
Sektion Politische Grundlagen
und Vollzug
judith.wenger@bag.admin.ch

Die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels für die Bevölkerung reduzieren

Der Klimawandel ist eine Realität und auf Basis von Klimaszenarien muss von einem weiteren Temperaturanstieg ausgegangen werden. Bereits heute sind in der Schweiz die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt erkennbar.

Eine Analyse des Bundesamts für Umwelt (BAFU) zu den klimabedingten Risiken und Chancen zeigt, dass neben einigen positiven Effekten – etwa für den Sommertourismus – die negativen Auswirkungen des Klimawandels deutlich überwiegen. Prioritäre Risiken für die Schweiz sind die grössere Hitzebelastung, die zunehmende Trockenheit, die steigende Schneefallgrenze, das steigende Hochwasserrisiko, der Gletscherrückzug, das Auftauen des Permafrosts, die Veränderung der Biodiversität, die Verbreitung von Schadorganismen und gebietsfremden Arten. Die Folgen für Umwelt, Wirtschaft, Mensch und Tier sind vielfältig.

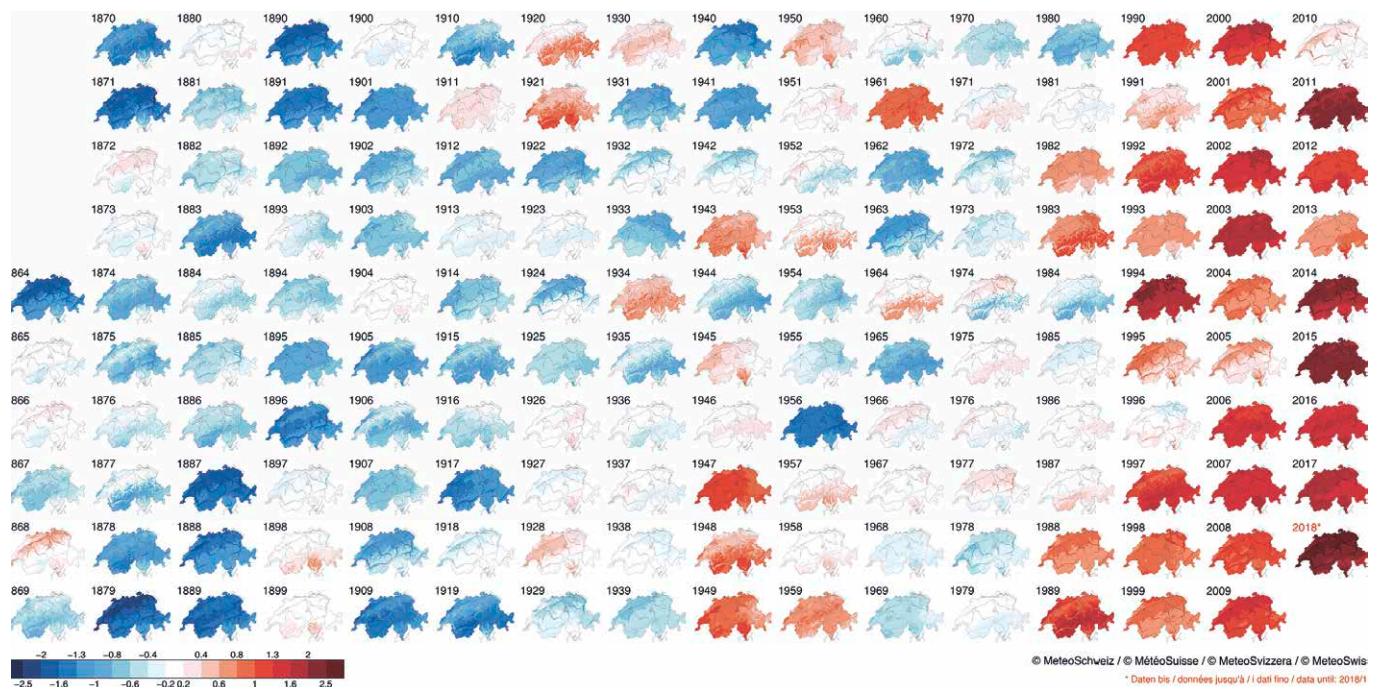
Der Klimawandel macht krank

Vor allem die zunehmende Hitzebelastung birgt Risiken für die Gesundheit der Bevölkerung. Hohe Temperaturen beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit am Arbeitsplatz und generell das Wohlbefinden. Studien des Schweizerischen Tropen- und Public Health-Instituts zeigen, dass während heissen Tagen die Anzahl Notfall-Spitaleintritte und Todesfälle zunimmt. Aufgrund der Extremtemperaturen in den Hitzesommern 2003 und 2015 wurden schweizweit 6,9 Prozent bzw. 5,4 Prozent mehr Todesfälle beobachtet als erwartet (vor allem Personen über 75 Jahren waren betroffen). Ob dies auch für den Hitzesommer 2018 gilt – oder ob Präventionsbemühungen schon gegriffen haben –, werden entsprechende Datenauswertungen zeigen.

Neben Extremtemperaturen haben auch höhere Durchschnittstemperaturen, wärmere Winter und die zunehmende Sommertrockenheit Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit: So nimmt die sommerliche Ozonbelastung zu, die Überlebensbedingungen für Schadorganismen (z. B. Zecken oder Mücken) werden begünstigt und die verlängerte Pollensaison belastet Allergiker.

Handlungsbedarf besteht in vielen Sektoren

Wie lassen sich die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels reduzieren? Im Vordergrund steht die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Mit der Ratifikation des Klimaabkommens von Paris hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 50 Prozent zu senken. Weil die Erderwär-



Seit Messbeginn im Jahr 1864 ist die Temperatur in der Schweiz um durchschnittlich 2°C angestiegen. Weiss entspricht dem Temperaturmittel der Jahre 1961–1990 (Referenzwert). Je tiefer die Durchschnittstemperatur in einem Messjahr unter dem Referenzwert lag, desto blauer ist die Schweiz eingefärbt. Je mehr die Durchschnittstemperatur in einem Jahr den Referenzwert überstieg, umso röter.

mung aber auch bei grössten Anstrengungen im besten Fall auf 1,5°C begrenzt werden kann, ist bereits heute eine adäquate Anpassungsstrategie nötig. Im März 2012 hat der Bundesrat die Ziele und Handlungsfelder seiner Strategie zur Anpassung an den Klimawandel verabschiedet. Die Strategie setzt den Rahmen für das koordinierte Vorgehen der Bundesämter. Im entsprechenden Aktionsplan (2014–2019) sind 63 Anpassungsmassnahmen der Bundesämter zusammengefasst. Sie betreffen die Sektoren Wasserwirtschaft, Naturgefahren, Landwirtschaft, Waldwirtschaft, Energie, Tourismus, Biodiversitätsmanagement, Raumentwicklung und Gesundheit.

Der Sektor Gesundheit ist auf Zusammenarbeit angewiesen

Anpassungsmassnahmen im Sektor Gesundheit fokussieren auf den Schutz der Bevölkerung vor Hitzewellen, die Überwachung und Früherkennung von vektorübertragenen Infektionskrankheiten (FSME, Borreliosen etc.) sowie die Überwachung von potenziell krankheitsübertragenden, gebietsfremden Stechmückenarten. Die Umsetzung der Massnahmen liegt nur zum Teil in der Zuständigkeit des BAG. Das BAG erarbeitet Informationsmaterialien zum Schutz bei Hitzewellen für Bevölkerung, Fachpersonen und

Behörden. Zudem überwacht das Amt vektorübertragene Infektionskrankheiten. Hingegen ist das BAFU für das Monitoring potenziell krankheitsübertragender, gebietsfremder Stechmückenarten zuständig (z. B. die asiatische Tigermücke als potenzielle Überträgerin des Dengue-, Chikungunya- oder Zikavirus).

Um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, braucht es die Zusammenarbeit der Bundesämter. Die Koordination der Aktivitäten erfolgt im interdepartementalen Ausschuss IDA Klima. Das National Centre for Climate Services (www.nccs.ch) koordiniert im Auftrag des Bundes die Erarbeitung von Wissensgrundlagen.

Quellen:

Klimabedingte Risiken und Chancen. Eine schweizweite Synthese. BAFU 2017
Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz. Aktionsplan. BAFU 2014
www.klimaszenarien.ch

Kontakte:

Esther Walter, Sektion Nationale Gesundheitspolitik, esther.walter@bag.admin.ch

Martina Ragetti, Abteilung Umwelt und Gesundheit, Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut, martina.ragetti@swisstph.ch

Hitzebedingte Krankheits- und Todesfälle vermeiden

Das BAG hat bereits nach dem Hitzesommer 2003 gemeinsam mit dem BAFU eine Informationskampagne zum Verhalten bei Hitze entwickelt. Flyer und Poster wurden erarbeitet, die auf die Gefahr von Hitzewellen aufmerksam machen. Diese wurden 2016 überarbeitet (www.hitzewelle.ch).

Das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) hat im Auftrag des BAG eine «Toolbox» entwickelt, welche die Kantonsbehörden beim Umgang mit Hitzewellen unterstützen soll. Neben Massnahmen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für hitzebedingte Gesundheitseffekte und Schulungen für Akteure des Gesundheitssystems ist das Management der Hitzeereignisse durch die kantonalen Gesundheitsdienste wichtig. Langfristig notwendig sind zudem Massnahmen zur Reduktion von städtischen Hitzeinseln und energieeffiziente Gebäudekühlung. Raumplanung und Architektur leisten daher zentrale Beiträge zum Schutz der Gesundheit bei zunehmender Hitzebelastung.

Der Bund will mit Lärmreduktion die Gesundheit fördern

Lärm kann erhebliche Gesundheitsprobleme verursachen. Betroffene können unter Schlafstörungen, Depressionen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen leiden. Um den Lärm zu reduzieren, braucht es die Zusammenarbeit der beteiligten Bundesämter und weiterer Akteure.

Etwa eine Million Menschen sind in der Schweiz am Tag und in der Nacht Strassenverkehrslärm ausgesetzt. Durch Eisenbahnlärm gestört wird tagsüber jede hundertste Person, nachts ist es jede fünfzigste. Auch von Fluglärm sind in der Schweiz viele Menschen betroffen. Insgesamt leben 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung an Orten, in denen der Grenzwert am Tag oder in der Nacht überschritten wird – oder beides (siehe Box).

Lärm beeinträchtigt die Gesundheit der Menschen auf ganz unterschiedliche Weise: Er löst nervöse Reaktionen aus und begünstigt die Ausschüttung von Stresshormonen wie Adrenalin, Noradrenalin und Kortisol. Schlafprobleme können die Folge sein, das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Depressionen, Diabetes, Übergewicht und kognitive Probleme bei Kindern steigt. Lärm beeinträchtigt selbst dann unsere Gesundheit, wenn wir ihn nicht mehr bewusst wahrnehmen, beispielsweise wenn wir schlafen. Das hat Folgen: Strassen-, Bahn- und Fluglärm verursachen in der Schweiz jährlich Gesundheitskosten von schätzungsweise 2,6 Milliarden Franken. Weitgehend unklar ist, welche langfristigen Folgen Lärm für die Gesundheit hat.

Rund 500 Todesfälle

Zur Aktualisierung des Wissensstandes über die Auswirkungen von Lärm auf die Menschen wurde von 2013 bis Ende 2017 die SiRE-NE-Studie durchgeführt (Short and Long-Term Effects of Transportation Noise Exposure), geleitet von Martin Rööfli, Professor für Umweltepidemiologie am Schweizerischen Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) in Basel.

Das Forschungsteam untersuchte die Auswirkungen von Strassenverkehrs-, Schienen- und Fluglärm auf die Gesundheit, etwa auf das kardiovaskuläre System, aber auch auf den Schlaf. Dabei wurden epidemiologische Studien mit schweizweiten Befragungen und experimentellen Studien im Schlaflabor kombiniert.

Einige Ergebnisse:

- Rund 13 Prozent der Bevölkerung sind stark lärmbeeinträchtigt, 9 Prozent fühlen sich durch Verkehrslärm stark im Schlaf gestört.

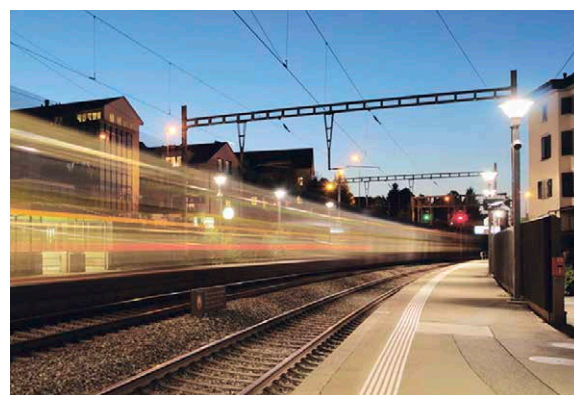
- Bei gleichem Durchschnittslärmpegel fühlen sich rund dreimal mehr Leute von Fluglärm belästigt als von Strassen- und Bahnlärm.
- Verkehrslärm verursacht in der Schweiz jährlich rund 500 zusätzliche Herz-Kreislauf-Todesfälle sowie 2500 Diabeteserkrankungen.

Die Resultate der wissenschaftlichen Untersuchung werden die Basis für die Überprüfung der Lärmgrenzwerte der Schweizerischen Lärmschutzverordnung bilden.

Massnahmenplan gemeinsam ausgearbeitet

Auch der Bundesrat hat das Problem erkannt und im Juni 2017 einen «Nationalen Massnahmenplan zur Verringerung der Lärmbelastung» verabschiedet. Ausgearbeitet wurde er vom Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Absprache unter anderem mit den Bundesämtern für Raumplanung (ARE), Zivilluftfahrt (BAZL), Gesundheit (BAG), Bevölkerungsschutz (VBS) und Strassen (ASTRA). Der Massnahmenplan umfasst mehrere Schwerpunkte: gezieltere Bekämpfung von Lärmquellen, Förderung von Ruhe und Erholung bei der Siedlungsentwicklung, Modernisierung des Lärmmonitorings sowie Information der Öffentlichkeit.

Positive Wirkung zeigt beispielsweise der Einbau lärmarmen Strassenbeläge, dank denen der Lärmpegel um 6 bis 7 Dezibel sinkt. Ab einem Tempo von ungefähr 25 km/h übertönt das Rollgeräusch von Autos und Lastwagen den Motorenlärm. Eine Studie des BAFU belegt, dass schallschluckende Beläge die Fahrgeräusche so stark reduzieren, als wären nur noch 15 Prozent des ursprünglichen Verkehrs auf den Strecken unterwegs. Bis Ende 2018 waren schweizweit ungefähr 1700 Kilometer dieser neuen Strassenbeläge eingebaut. Während sie in der Westschweiz schon vielerorts anzutreffen sind, fällt in der Deutschschweiz die Vorreiterrolle dem Kanton Aargau zu: Dort will man innerorts alle Strassen mit lärmarmen Belägen ausstatten. Deren Geheimnis liegt in ihrer feinen Oberflächenstruktur mit Gesteinskörnern von höchstens 4 Millimetern Grösse und einem hohen Hohlraumanteil von wenig-



Flugzeuglärm, Strassenverkehrslärm, Eisenbahnlärm – rund 13 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind stark lärmbeeinträchtigt. Verkehrslärm verursacht in der Schweiz jährlich rund 500 zusätzliche Herz-Kreislauf-Todesfälle.

tens 12 Volumenprozent. Altbekannt sind weitere Massnahmen wie die Installation von Lärmschutzwänden oder Lärmgalerien und sowie Temporeduktionen.

Auf leisen Schienen

Mit der Anschaffung von leiserem Rollmaterial wurde bei den SBB ebenfalls schon einiges für die Reduktion der Lärmimmissionen getan. Das Augenmerk liegt nun auf der Entwicklung lärmarmen Infrastruktur und der Förderung leiserer Güterwaggons. Den Luftverkehr wollen die Behörden unter anderem durch lärmabhängige Start- und Landetaxen sowie verbesserte An- und Abflugverfahren leiser werden lassen.

Darüber hinaus kann auch die Aufklärung der Bevölkerung einen Beitrag zur Lärmreduktion leisten. So verursachen beispielsweise breite Reifen von Sportwagen und SUVs deutlich mehr Lärm als schmalere Pneus.

Kontakte:

Esther Walter, Sektion Nationale Gesundheitspolitik,
esther.walter@bag.admin.ch

Martin Rööfli, Leiter der Abteilung Umweltgefährdung und Gesundheit am Swiss TPH,
martin.roosli@swisstph.ch

www.sirene-studie.ch

Wo beginnt Lärm?

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) treten negative Gesundheitseffekte ab 40 Dezibel in der Nacht und ab 45 Dezibel am Tag auf. Im Lärmschutzgesetz wurden unter anderem Immissionsgrenzwerte für verschiedene Lärmarten festgelegt. Diese legen die Schwelle fest, ab welcher der Lärm die Bevölkerung in ihrem Wohlbefinden erheblich stört. Die Belastungsgrenzwerte sind für reine Wohngebiete strenger als für Gegenden, in denen auch gewerbliche Aktivitäten erlaubt sind («Empfindlichkeitsstufe»). In der Regel gelten folgende Immissionsgrenzwerte:

| Empfindlichkeitsstufe | Tag | Nacht |
|-----------------------|-------|-------|
| 1 Erholung | 55 dB | 45 dB |
| 2 Wohnen | 60 dB | 50 dB |
| 3 Wohnen/Gewerbe | 65 dB | 55 dB |
| 4 Industrie | 70 dB | 60 dB |

So laut sind verschiedene Geräusche

| | |
|---|---------------|
| Atemgeräusch | 25 dB |
| Flüstern | 30 dB |
| Konzentrationsstörungsschwelle | 40 dB |
| Radio/TV in Zimmerlautstärke | 55 dB |
| Normales Gespräch | 60 dB |
| Risikoerhöhung Herz-Kreislauf-Erkrankungen | 65 dB |
| Staubsauger, Haarföhn | 70 dB |
| Starker Verkehr, Lkw, Bohrgeräusch | 80 dB |
| Unangenehm, längere Einwirkung, Gehörschaden | 85 dB |
| Kreissäge, Diskothek | 100 dB |
| Unerträglich laut, Schmerzgrenze | 120 dB |
| Flugzeugstart | 140 dB |

«Wir halten das Instrument bereits in Händen»

In einer Zeit steigender Gesundheitskosten und einer zunehmenden Zahl von Menschen mit chronischen Erkrankungen versucht die Schweiz, mittels einer umfassenden Gesundheitspolitik (UGP) Gegensteuer zu geben. Eine der weltweit renommiertesten Expertinnen auf diesem Gebiet ist Ilona Kickbusch. Sie erklärt unter anderem, was die Schweiz noch besser machen könnte.

Frau Kickbusch, was verstehen Sie unter einer umfassenden Gesundheitspolitik?

Es geht gar nicht immer um die grossen politischen Strategien. In der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung steht: Gesundheit entsteht im Alltag. Nicht nur die grossen Sachen sind wichtig, sondern auch die kleinen Verbesserungen im Alltag. Das kann eine Stunde mehr Schulsport pro Woche sein oder das Verkaufsverbot von Cola an Schulen. Wenn jede Schweizerin oder jeder Schweizer täglich eine halbe Stunde zu Fuss gehen würde, hätte dies eine enorme Gesamtwirkung. Ganz nach dem Motto «A small change in a large population» (Eine kleine Änderung in einer grossen Bevölkerung).

Und was bringt das auf der nationalen Ebene?

Die UGP ist in erster Linie für die Menschen da, denn jede und jeder hat ein Recht auf Gesundheit. Erst in zweiter Linie geht es um Geld. Dabei spart man nicht nur Kosten im Gesundheitswesen ein, sondern

Wir müssen unseren Umgang mit dem Alter überdenken. Wir sprechen viel von der Integration von Migranten – und bauen gleichzeitig eine Parallelgesellschaft von alten Menschen auf.

man tut der ganzen Gesellschaft einen Gefallen, weil als Folge einer wirksamen UGP zum Beispiel weniger Sozialkosten anfallen. In letzter Konsequenz erspart eine gesunde Bevölkerung dem Staat – und damit uns allen – viele Ausgaben.

Wie gesund ist die Schweiz?

Sie hat eine der gesündesten Bevölkerungen der Welt. Trotzdem nehmen die durch chronische Krankheiten verursachten Kosten stetig zu. Das hat natürlich auch mit der Demografie zu tun, denn die Schweiz weist eine der höchsten Lebenserwartungen der Welt auf. Heute bleiben die meisten Leute

länger gesund als früher, chronische Erkrankungen stellen sich einfach später ein. Wir können nicht davon ausgehen, dass alle Menschen bis ins hohe Alter keine gesundheitliche Versorgung benötigen. Mir geht es zum Glück bisher so, doch man weiss nie, was die Zukunft bringt.

Was, wenn die gesundheitliche Versorgung doch notwendig wird?

Wir müssen unseren Umgang mit dem Alter überdenken. Wir sprechen viel von der Integration von Migrantinnen und Migranten – und bauen gleichzeitig eine Parallelgesellschaft von alten Menschen auf. Es gibt Altersheime, Seniorennachmittage, Seniorentänze und vieles mehr. Meine Mutter sagte immer «Da will ich nicht hin, da sind lauter alte Leute», obwohl sie selber alt war. Ihre Aussage bringt es auf den Punkt: Wir müssen unsere Gesellschaft so organisieren, dass der wachsende Anteil von Seniorinnen und Senioren aktiv am Leben teil-

nehmen kann. Dazu gehören auch neue Wohnformen für Betagte. Je mehr alte Menschen in die Gesellschaft eingebettet sind, desto weniger werden sie in den Wartezimmern der Ärzte sitzen.

Welchen Stellenwert hat die UGP in der Schweiz?

Es wird zwar häufig davon gesprochen, doch es gibt auf nationaler Ebene keinen politischen Ansatz dafür. Dabei ist die multisektorielle Gesundheitspolitik gerade auf regionaler und lokaler Ebene ganz besonders wichtig. Meiner Meinung nach wäre es ein guter Forschungsansatz, wie genau die UGP auf kantonaler Ebene ansetzt. Den Hand-



«Wir müssen unsere Gesellschaft so organisieren, dass der wachsende Anteil von Seniorinnen und Senioren aktiv am Leben teilnehmen kann», so Ilona Kickbusch.

lungsträgern ist nicht immer bewusst, dass sie auch etwas für die Gesundheit der Menschen tun, wenn sie beispielsweise eine Umfahrung bauen. Den Anwohnerinnen und Anwohnern hingegen ist das in der Regel schnell klar, weil sie fast sofort profitieren. Ein anderes Beispiel: Klimaziele sind Umweltziele und damit auch für die Gesundheit relevant.

Auf welchen Gebieten ist die UGP bislang am erfolgreichsten?

In einzelnen Bereichen hat sich eine sehr gute Zusammenarbeit entwickelt. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Nationale Strategie Antibiotikaresistenzen, bei der Experten aus Humanmedizin, Tiermedizin, Landwirtschaft und Umwelt kooperieren. Ähnliches gilt für die Schweizer Gesundheitsaussenpolitik. Hier war die Schweiz das erste Land, das solch eine Politik vorgelegt hat.

Wo gibt es noch besonders viel zu tun?

Den Bereich der psychischen Erkrankungen und ihrer Folgen für die Betroffenen, ihr Umfeld und die Gesellschaft beginnen wir erst langsam besser zu verstehen. Zum Beispiel, wie sich die Organisation der Arbeit bei gleichzeitigen Familienverpflichtungen auswirkt, welche Auswirkungen die allseitige Verfügbarkeit mit sich bringt sowie der generelle Leistungsdruck unserer schnellen Gesellschaft. Erst kürzlich haben WHO-Direktor Tedros Adhanom Ghebreyesus und

Den Bereich der psychischen Erkrankungen und ihrer Folgen für die Betroffenen, ihr Umfeld und die Gesellschaft beginnen wir erst langsam besser zu verstehen.

Popstar Lady Gaga, die selbst an Depressionen leidet, ein gemeinsames Statement veröffentlicht, in dem sie zum Kampf gegen die Stigmatisierung dieser Leiden aufrufen. So etwas ist natürlich grossartig, denn die Stigmatisierung bestimmter Krankheiten ist ein grosses Problem. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, in denen sogar Krebs stigmatisiert wurde und man nicht darüber sprach.

Welches sind weitere Probleme?

Ein grosses Thema ist der Arbeitsdruck. Die Frage lautet: Wie müssen wir die Arbeit organisieren,

damit weniger Menschen an Depressionen oder Burn-out erkranken oder einen Herzinfarkt erleiden? Es stellt sich die Frage, wie die Gesellschaft aufzubauen ist, damit sich der Druck besser über das ganze Leben eines Menschen verteilt und erträglicher wird. Doch Druck entsteht nicht nur in der Arbeitswelt oder der Schule, sondern

Dabei hat kein Land so gute Voraussetzungen wie die Schweiz: Schliesslich ist der Bundesrat nichts anderes als ein multisektorielles Gremium.

auch in den sozialen Medien. Gerade Kinder und Jugendliche sind hiervon betroffen. Natürlich gab es auch in meiner Jugend schon Mobbing, doch damals blieben diese Dinge auf dem Schulhof. Durch die sozialen Medien kann sowas heute ganz andere Dimensionen annehmen. Die Politikfelder der UGP verschieben sich: Ging es früher vor allem um Arbeit, Einkommen oder Wohnraum, müssen wir uns heute zum Beispiel der Frage stellen, wie wir das Internet besser überwachen können, denn dort sind Mobbing, Drohungen oder Erpressung grosse Probleme, die bei den Opfern Depressionen und Angststörungen auslösen können. Auch beginnen die durch die internationale Vernetzung bedingte Schnellebigkeit sowie die 24/7-Gesellschaft unser Leben zunehmend zu steuern.

Das Internet und die sozialen Medien sind demnach auch ein Feld der UGP?

Auf jeden Fall. Wobei es natürlich auch viele schöne Seiten der heutigen technischen Möglichkeiten gibt. So lebt etwa mein Sohn in Berlin, ich dagegen wohne in Bern und bin viel in aller Welt unterwegs. Es ist wunderbar, einander per WhatsApp Fotos zu schicken und den anderen auf diese Weise an seinem Leben teilhaben zu lassen: Ich bin da, ich mache das, ich habe diese Menschen getroffen.

Wie stark ist die UGP international verankert?

International ist das Bewusstsein sehr gross, dass man multisektoriell arbeiten muss. Es kann sich eigentlich kein Land leisten, keine UGP zu betreiben. Je ärmer ein Land ist, desto weniger kann es darauf verzichten. In ärmeren Staaten geht es hauptsächlich um gute

Unsere Gesprächspartnerin

Die Politikwissenschaftlerin Prof. Ilona Kickbusch wuchs in München und Chennai (Indien) auf, wo ihr Vater als Diplomat tätig war. Von 1981 bis 1998 arbeitete sie für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und war dort unter anderem für die Ottawa-Charta für Gesundheitsförderung verantwortlich. Danach lehrte sie bis 2004 als Professorin an der Yale University. Im selben Jahr gründete sie eine eigene Beratungsfirma und fungiert seither als unabhängige Beraterin von Organisationen, Regierungen und der WHO. Sie hatte Gastprofessuren an den Universitäten von Tokio, St. Gallen und Wien inne, ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Beiräte und bekleidet zudem seit 2008 das Amt der Direktorin des Global Health Centre am Graduate Institute of International and Development Studies in Genf. 2016 erhielt Ilona Kickbusch für ihre Arbeit das Bundesverdienstkreuz. Sie lebt mit ihrem Mann in Bern.



Schulen und die Basisgesundheitsversorgung. Daneben ist wirtschaftliches Wachstum wichtig, damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei sollen die Staaten auch das Gesundheitssystem selbst als Arbeitgeber sehen. Dort wird vor allem Pflegepersonal gebraucht, meist Frauen. Man weiss, dass diese Frauen das verdiente Geld in der Regel verantwortungsvoller ausgeben als Männer. Frauen kaufen eher Essen, Kleider, Medikamente oder bezahlen das Schulgeld für ihre Kinder. Alles Dinge, die einen günstigen Einfluss auf die Gesundheit der Familie haben.

Wie wichtig ist die internationale Zusammenarbeit?

Sehr wichtig. Die UGP kann unmöglich isoliert betrachtet werden. Wir können voneinander lernen, das ist eine grosse Chance. Darüber hinaus agiert auch die Pharmaindustrie global, es würde also keinen Sinn ergeben, die UGP isoliert, beziehungsweise auf ein Land bezogen, zu betreiben. Man muss vernetzt denken, weil wir eine globalisierte Welt sind. Die Schweiz als extrem internationales Land trägt hierbei eine grosse Verantwortung.

Welche Staaten sind auf diesem Gebiet führend und weshalb?

Ganz klar Finnland. Das liegt an der dortigen Politikkultur, wo man bereits in den 1970er-Jahren überlegte, wie man das Umfeld verändern muss, damit die Menschen gesünder bleiben. Auch wurde schon früh der Zusammenhang zwischen Gesundheitspolitik und Bildungspolitik erkannt. Und schliesslich hat man sich auch gefragt, wie sich das Erreichte halten lässt. Im Sommer übernimmt Finnland die EU-Präsidentschaft. Die Verantwortlichen

haben bereits angekündigt, dass sie die Präsidentschaft unter das Motto «The well-being economy» (Die Wohlbefindens-Wirtschaft) stellen möchten statt unter den Leitsatz «The welfare economy» (Die Wohlfahrts-Wirtschaft). Ich bin sehr auf diese Präsidentschaft gespannt.

Wo steht die Schweiz im Vergleich zu Finnland?

Sie kann noch einiges tun, um so gut wie Finnland zu werden. Dabei hat kein Land so gute Voraussetzungen wie die Schweiz: Schliesslich ist der Bundesrat nichts anderes als ein multisektorielles Gremium. Man könnte daher sagen, dass die Schweiz schon lange über die Methode verfügt, sie aber nicht genügend für eine moderne Gesundheitspolitik nutzt. Die Player in Politik und Gesellschaft sind sich vielleicht zu wenig bewusst, dass sie das Instrument bereits in Händen halten.

Wie liesse sich denn die UGP in der Schweiz verbessern?

Es gilt, die bestehenden Strukturen besser zu nutzen. Mir schweben da etwa gemeinsame Sitzungen unterschiedlicher Konferenzen vor, beispielsweise der Erziehungsdirektorenkonferenz und der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Als stark dezentrales Land kann die Schweiz noch mehr auf kommunaler und kantonaler Ebene umsetzen – dort, wo die Menschen leben.

Woran scheitert man in der täglichen Praxis?

Am Solodenken. Es ist schwierig, Menschen zur Zusammenarbeit zu bewegen.

Kampf gegen Antibiotikaresistenzen

Die Wirksamkeit von Antibiotika ist bedroht. Die Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen – eines der drängendsten Probleme der Medizin – kann nur disziplinenübergreifend angegangen werden. Deshalb umfasst der Ansatz der nationalen Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) die Bereiche Humanmedizin, Tiermedizin, Landwirtschaft und Umwelt. Die StAR-Strategie ist ein gutes Beispiel einer umfassenden Gesundheitspolitik.

Antibiotika sind in der Human- und Tiermedizin für die Behandlung bakterieller Erkrankungen unersetzlich. Übermässiger und unsachgemässer Antibiotikaeinsatz sowohl im Human- als auch im Veterinär- und Landwirtschaftsbereich führt jedoch dazu, dass immer mehr Bakterien gegen Antibiotika resistent werden. Dies bedeutet, dass die Bakterien sich an die Wirkung von Antibiotika anpassen und diesen widerstehen.

Die resistenten Bakterien können sich über verschiedene Wege ausbreiten: Die Übertragung zwischen Menschen erfolgt vorwiegend als Kontaktinfektion. Darüber hinaus können resistente Keime vom Tier auf den Menschen und umgekehrt übertragen werden. In der Umwelt sind Übertragungen auf Lebensmittel wie Früchte und Gemüse durch kontaminiertes Wasser möglich; resistente Bakterien werden auch via Abwässer verschleppt. Das Problem betrifft also Mensch, Tier, Landwirtschaft und Umwelt. Antibiotikaresistenzen machen zudem nicht halt vor Grenzen, sie können sich über den ganzen Globus ausbreiten – entsprechend braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, um das Problem anzugehen, den sogenannten One-Health-Ansatz.

Eine Strategie – acht Handlungsfelder

Im Jahre 2015 hat der Bundesrat die Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) verabschiedet, und die vier Bundesämter Bundesamt für Gesundheit (BAG), Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und Bundesamt für Umwelt (BAFU) haben nun die Aufgabe, die Strategie gemeinsam umzusetzen. Die Federführung liegt beim BAG, die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit den Kantonen und weiteren Partnern aus den entsprechenden Bereichen.

Ziel der Strategie ist es, die Wirksamkeit von Antibiotika langfristig zu sichern. Die Umsetzung beinhaltet eine Fülle von Massnahmen, die in acht Handlungsfelder eingeteilt sind. So braucht es beispielsweise eine umfassende Datenerhebung, um die Resistenzentwicklung zu erkennen, kurzfristige Massnahmen zu ergreifen und anzupassen und indirekt auch die langfristige Wirkung der umgesetzten Massnahmen messen zu können (Handlungsfeld Überwachung). Aber es braucht auch mehr Wissen in der Bevölkerung darüber, wie Antibiotika richtig eingesetzt werden (Handlungsfeld Information und Bildung).

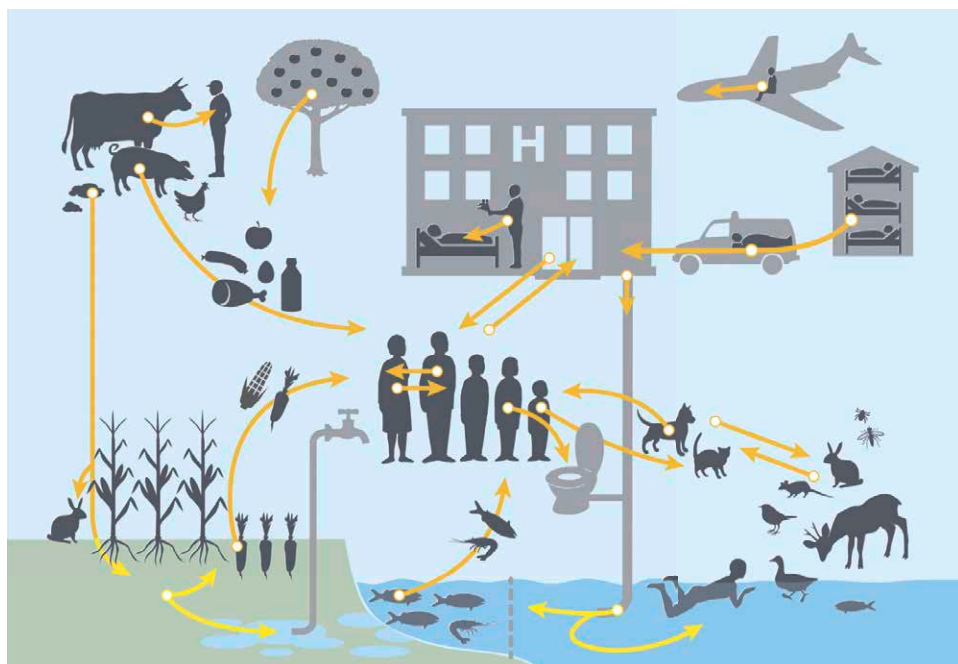
Gemeinsam bekämpfen

Eine konsequente Bekämpfung der Antibiotikaresistenz nimmt alle wichtigen Akteure in die Pflicht. Fachleute aus den Bereichen Gesundheitswesen, Wissenschaft und Wirtschaft sind gefordert. Es geht darum, den Antibiotikaverbrauch und die Resistenzentwicklung in der Human- und Tiermedizin zu überwachen und auf die notwendigen Anwendungen zu reduzieren. Wichtig dafür ist ein Grundverständnis über die korrekte Anwendung von Antibiotika: bei Patientinnen und Patienten, bei Ärztinnen und Tierärzten etc.

Es braucht Informationen und Weiterbildungsangebote über die richtige Wahl und Dosierung der Antibiotika, klare Vorgaben für den Antibiotikaeinsatz sowie günstige Tests, um rasch erkennen zu können, ob eine virale oder bakterielle Infektion vorliegt. Zentral sind weiter spitalhygienische Massnahmen und die Infektionsprävention. Eine Reduktion des Antibiotikaverbrauchs lässt sich so auch durch präventive Massnahmen erreichen.

Schliesslich muss auch die Forschung angekurbelt werden. So fördert das Nationale Forschungsprogramm 72 des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) Forschungsprojekte, um neues Wissen zur Entstehung und zur Verbreitung von Resistenzen zu gewinnen und um neue antimikrobielle Wirkstoffe und schnellere Diagnosetests zu entwickeln. Das NFP 72 ist zwar nicht eine direkte StAR-Massnahme, trägt aber einen gewichtigen Teil zum Gelingen des One-Health-Ansatzes bei.

Kontakt: Daniela Müller Brodmann, Gesamtprojektleiterin Umsetzung StAR, daniela.muellerbrodmann@bag.admin.ch



Resistente Bakterien können sich über verschiedene Wege ausbreiten: vom Tier auf den Menschen, vom Menschen in die Umwelt, von der Umwelt auf das Tier etc. Antibiotikaresistenzen machen auch keinen Halt vor Grenzen. Daher braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, um ihre Ausbreitung zu bekämpfen, den One-Health-Ansatz.

Umsetzungsbeispiele der Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR)

- Im «**Swiss Antibiotic Resistance Report**» werden seit 2013 die Daten über die Antibiotikaresistenzlage und den Einsatz von Antibiotika in der Human- und Veterinärmedizin gemeinsam publiziert. Der ganzheitliche Ansatz ermöglicht einen besseren Vergleich der erhobenen Daten zwischen den beiden Überwachungsnetzen (siehe anresis.ch in der Humanmedizin und das Monitoring des BLV bei Nutztieren und Fleisch in der Veterinärmedizin).



- Die Schweizerische Gesellschaft für Infektiologie hat in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für Mikrobiologie und Swissnoso (Nationales Zentrum für Infektionsprävention) **nationale Verschreibungsrichtlinien** für den Humanbereich publiziert. Sie sollen im Praxisalltag zum sachgemässen Einsatz von Antibiotika beitragen. In einem weiteren Schritt geht es darum, die Richtlinien in Spitälern und Hausarztpraxen bekannt zu machen und deren Umsetzung zu fördern.
- Analog werden auch Vorgaben für den Veterinärbereich erarbeitet oder überarbeitet. Die **Tierarztneimittelverordnung (TAMV)** regelt unter anderem die Abgabe von Antibiotika in der Landwirtschaft und stellt damit sicher, dass Wirkstoffe bedarfsgerecht und zielgerichtet eingesetzt werden. Bei der Revision dieser Verordnung im Jahre 2016 wurde ein klarer Fokus auf die Anwendung von Antibiotika gelegt und zum Beispiel die Abgabe von kritischen Antibiotika für Nutztiere auf Vorrat eingeschränkt.
- Im November 2018 startete der Bund eine nationale **Sensibilisierungskampagne**, welche die Bevölkerung auf die Problematik aufmerksam macht. Die Verantwortlichen von StAR führen zudem die World Antibiotic Awareness Week auch in der Schweiz durch (jeweils im November).
- Um Patientinnen und Patienten über den korrekten Umgang mit Antibiotika hinzuweisen, haben pharmaSuisse, die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), die Schweizerische Zahnärzte-Gesellschaft (SSO) und das BAG gemeinsam ein Faktenblatt entwickelt, welches in Arztpraxen und Apotheken abgegeben werden kann. Dieses ist in 10 Sprachen erhältlich und kann zusammen mit einem Erklärungsvideo, Post-its und Poster auf der Website www.antibiotika-richtig-einsetzen.ch bezogen werden.
- Seit Februar 2016 verbietet das BLW aufgrund der Gefahr der Resistenzbildung den **Einsatz des Antibiotikums Streptomycin** im Kernobstbau. Die Anwendung des Antibiotikums fördert die Resistenzbildung in der Umwelt und verunreinigt Honig.

Weitere Informationen zur Nationalen Strategie Antibiotikaresistenzen: www.star.admin.ch

Gesundheit macht Schule

Seit der Verabschiedung der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung ist die Schule immer mehr zu einem zentralen Schauplatz der Gesundheitsförderung von Kindern, Jugendlichen, Lehrpersonen sowie Schulleitungen geworden. In der Schweiz hat das Schulnetz21 den Auftrag, ein gesundheitsförderndes Klima in den Schulen zu begünstigen.

Bildung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für Gesundheit. Schulen unterstützen die Schülerinnen und Schüler dabei, sich zu eigenständigen Persönlichkeiten zu entwickeln und Mitverantwortung für Gesundheit und Wohlbefinden für sich und andere zu übernehmen. Schulen fördern Kompetenzen, welche die Schülerinnen und Schüler befähigen, sich aktiv und kritisch hinterfragend an einer nachhaltigen Gesellschaft zu beteiligen. Dies funktioniert aber nur, wenn sich alle Beteiligten an diesen Orten wohlfühlen und die Rahmenbedingungen günstig sind. Das Schulklima ist ein wesentlicher Faktor für die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit sowie für die Zufriedenheit und Gesundheit von Kindern, Jugendlichen, Lehrpersonen, Schulleitung und weiteren Angestellten.

Ein gutes Schulklima ist das zentrale Anliegen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Schule und damit auch der Aktivitäten von Schulnetz21. Es beruht auf einer Schulkultur, in der Lehrpersonen sowie die Schülerinnen und Schüler ermutigende, sie stärkende Lern- und Arbeitserfahrungen machen. Für das Wohlbefinden aller Beteiligten sowie für den Lernerfolg ist das soziale Klima entscheidend, das an einer Schule herrscht. Hektik, Gewalt und Mobbing beeinflussen das Verhalten und die Schulleistungen von Kindern und Jugendlichen.

Auch die Lehrpersonen werden beim Unterrichten von der Atmosphäre am Arbeitsplatz geprägt. Ob sich die Menschen am Arbeitsplatz und Lernort Schule wohlfühlen, hängt wesentlich davon ab, wie das soziale Klima gestaltet ist, wie die Beziehungen der Schülerinnen und Schüler mit den Lehrpersonen, der Schulleitung, den Eltern und den weiteren Beteiligten funktionieren.

1900 Schulen im Netzwerk

Die Fachleute von Schulnetz21 unterstützen Schulen in der Gestaltung von gesunden und nachhaltigen Lern-, Lebens- und Arbeitsräumen. Rund 1900 Schulen in der ganzen Schweiz haben sich bereits diesem Netzwerk angeschlossen. Das bedeutet, dass rund 30 Prozent aller Kinder während der obligatorischen Schulzeit eine Mitgliederschule besuchen.

Schulen, die sich dem Schulnetz21 anschliessen, machen sich durch ihren Beitritt auf den Weg. Sie können zwischen zwei Profilen wählen: «Wir sind auf dem Weg zu einer gesundheitsfördernden Schule» oder «Wir sind auf dem Weg zu einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Schule». Wie dieser Weg genau aussieht, entscheidet jede Schule selber. Es gibt jedoch Vorgaben: Die Schulen müssen bei-

gesundheitsförderung und/oder Volksschulbildung –, während diese wiederum von der nationalen und sprachregionalen Koordinationsstelle von Schulnetz21 unterstützt werden. Im Moment gibt es 21 kantonale oder regionale Netzwerke, erklärtes Ziel ist es jedoch, alle Kantone zu unterstützen.

Ging es früher neben dem Schulklima vor allem um genügend Bewegung und gute Ernährung, ist inzwischen immer mehr die psychosoziale Gesundheit – zum Beispiel Prävention von Mobbing oder Burn-out – ins Zentrum gerückt. Weitere Themen sind naturnahe Umgebungsgestaltung, faire, umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Beschaffung oder Pflege von Partnerschaften mit lokalen

rinnen und Schüler ausgewirkt. – Klassen- oder stufenübergreifende Projekte haben das Schulklima positiv unterstützt.

Breit abgestützt

Koordiniert wird das Schulnetz21 von der Stiftung éducation21 – dem nationalen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Bildung für Nachhaltige Entwicklung für die Volksschule und die Sekundarstufe II und der Fachagentur der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) – zusammen mit der Schweizerischen Gesundheitsstiftung RADIX. Als Trägerinnen fungieren die Gesundheitsförderung Schweiz und das Bestellergremium, das aus den Bundesämtern für Raumentwicklung



Ein gutes Schulklima ist das zentrale Anliegen einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Schule. Dazu gehören Themen wie Bewegung, Ernährung, psychosoziale Gesundheit oder naturnahe Umgebungsgestaltung.

spielsweise eine verantwortliche Person ernennen und eine Arbeitsgruppe bilden, in der zum Beispiel Schulleitung, Lehrpersonen, Eltern, Schulsozialarbeiterin und evtl. Schüler vertreten sind. Zudem muss der Beitritt zum Schulnetz21 von der Schulbehörde, der Schulleitung sowie der Mehrheit der Lehrpersonen gutgeheissen werden. Weiter gehört eine Situationsanalyse sowie eine Planung mit Zielen und Massnahmen dazu.

Theorie und Praxis

Nach dem Beitritt bieten die Fachleute von Schulnetz21 unter anderem Unterstützung, Erfahrungsaustausch, jährliche Impulsveranstaltungen sowie eine Website mit Dokumentationen und Instrumenten. Die Fachleute beraten die Schulen und bieten Unterstützung im Prozess – entweder direkt oder in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen oder privaten Fachstellen oder Fachpersonen.

Vor Ort geschieht das durch die kantonalen und regionalen Netzwerke – also durch Mitarbeitende der kantonalen Fachstellen für Ge-

Unternehmen/Organisationen oder anderen Schulen. Ein grosses Thema für die Lehrerinnen und Lehrer ist unter anderem Lärm. Die Schaffung von ruhigen Arbeitsräumen ist für sie daher sehr wichtig. Im ganzen Schulgebäude sollen die Räumlichkeiten freundlich gestaltet sein und im Pausenhof soll es genügend Platz und Möglichkeiten zum Spielen und Toben, aber auch Rückzugsmöglichkeiten geben. Schülerinnen und Schüler sollen sich sicher fühlen und Schulen eine positive und einladende Ausstrahlung haben.

Massnahmen zeigen Wirkung

Wie steht es um die Wirkung der Massnahmen? Eine externe Evaluation unter den Mitgliedschulen hat interessante Ergebnisse zutage gefördert. Einige Beispiele:

- Es gab weniger Konflikte unter den Kindern und der Zusammenhalt unter ihnen ist gewachsen.
- Die Teamkultur innerhalb des Lehrkörpers hat sich verbessert.
- Die bessere Gesundheit der Lehrpersonen hat sich positiv auf den Lernerfolg der Schüle-

(ARE), Umwelt (BAFU), Gesundheit (BAG), Energie (BFE), Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), der Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB), dem Schweizerischen Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) sowie der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) besteht. Zudem ist das Schulnetz21 Teil des Europäischen Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen (Schools for Health in Europe, SHE).

Kontakte:

Dagmar Costantini, Sektion Gesundheitsförderung und Prävention, dagmar.costantini@bag.admin.ch

Barbara Schäfli, nationale Koordinatorin Schulnetz21 – Schweizerisches Netzwerk gesundheitsfördernder und nachhaltiger Schulen, barbara.schaefli@schulnetz21.ch

Links:

www.schulnetz21.ch
www.schools-for-health.eu

Eine Ausbildung fördert die Gesundheit

Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Das neue Pilotprogramm Integrationsvorlehre (INVOL) des Staatssekretariats für Migration (SEM) und der teilnehmenden Kantone ebnet diesen Personen den Weg zu einer Berufsausbildung. Und trägt so indirekt auch zur Gesundheit der Betroffenen bei.

Menschen, die die Schweiz aufnimmt, sollen möglichst rasch auf eigenen Beinen stehen können. Dieses Ziel kann neu mithilfe der Integrationsvorlehre erreicht werden, eines Pilotprogramms, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezielt auf eine Berufslehre mit Eidgenössischem Berufsattest (EBA) oder mit Eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) vorbereitet. Eine solche Ausbildung ist die Grundlage für einen Einstieg ins Berufsleben.

Das Pilotprogramm, das noch bis ins Jahr 2021 läuft, verfolgt das Ziel, das Potenzial dieser Arbeitskräfte besser auszuschöpfen und dadurch deren Sozialhilfeabhängigkeit zu senken. Zudem soll die Integrationsvorlehre im Rahmen des Artikels 121a der Bundesverfassung (Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative) einen Beitrag zur Linderung des Fach- und Arbeitskräftemangels leisten.

Arbeitserfahrung sammeln

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten in der Regel rund drei Tage pro Woche in einem Betrieb, um das gewählte Berufsfeld in der Praxis kennenzulernen und Ar-

beitserfahrung in der Schweiz zu sammeln. Neben diesem praktischen Teil eignen sich die Personen schulische, sprachliche und überfachliche Kompetenzen an, etwa Sozialkompetenzen oder Lerntechniken. Die Inhalte sind immer auf die Anforderungen des jeweiligen Berufsfeldes zugeschnitten. Darüber hinaus erlernen sie an den Berufsfachschulen und in den Betrieben Kompetenzen, die sich indirekt positiv auf die Gesundheit auswirken können, beispielsweise Arbeitssicherheit, ergänzenden Sportunterricht oder Vermittlung kultureller Kompetenzen.

Gesundheitlicher Nebeneffekt

Eine gute Integration führt nachweislich zu besseren Gesundheitswerten und reduziert die Gesundheitskosten der betroffenen Personen. Das Pilotprojekt generiert auf diese Weise indirekt auch einen gesundheitlichen Nutzen.

Obwohl das SEM nicht für Gesundheitsförderung im engeren Sinne zuständig ist, befindet man sich dennoch bei diesem Thema in regelmässigem Austausch mit dem BAG. Darüber hinaus unterstützen

das SEM und das BAG gemeinsam einzelne integrationsfördernde Projekte, die direkt den Gesundheitsbereich betreffen. Beispiele hierfür sind die Qualitätsförderung im Bereich interkulturelles Dolmetschen (siehe spectra Nr. 122) oder die Prävention von Mädchenbeschneidungen.

18 Kantone machen mit

Die ersten Integrationsvorlehren haben im August 2018 gestartet und dauern ein Jahr. Das SEM finanziert aus einem Rahmenkredit von 46,8 Millionen Franken, verteilt über die vier Programmjahre, maximal 3600 Plätze. Die restlichen Kosten tragen die teilnehmenden Kantone.

Beteiligt sind insgesamt 18 Kantone: Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Genf, Glarus, Jura, Luzern, Neuenburg, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Tessin, Waadt, Wallis, Zug sowie Zürich. Umgesetzt werden die Integrationsvorlehren von den Kantonen, federführend ist hierbei die kantonale Berufsbildung. Die Kantone bestimmen zudem, auf welche Berufsfelder sie fokussieren wollen.

Möglich sind Integrationsvorlehren grundsätzlich in allen Branchen. In der Regel handelt es sich dabei aber um solche, in denen die Berufsverbände und Sozialpartner beziehungsweise die Ausbildungsbetriebe Bedarf haben, Personen auszubilden, um mittelfristig qualifizierte Mitarbeitende zur Verfügung zu haben.

Auswertung im Herbst 2019

Doch welche Menschen nehmen am Pilotprogramm teil? Noch fehlen konkrete Daten. Eine erste statistische Auswertung ist auf Herbst 2019 geplant. Aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung der Integrationsvorlehre sowie der statistischen Verteilung der in den vergangenen Jahren in der Schweiz anerkannten Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen dürfte die Mehrheit der Teilnehmenden zwischen 20 und 25 Jahre alt sein. In diesem Alterssegment sind rund zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen.

Ausblick

Das Ziel besteht darin, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach der Integrationsvorlehre eine «normale» Lehrstelle finden oder andere Aus- und Weiterbildungen in der entsprechenden Branche machen können – und auf diese Weise die Integration in den Arbeitsmarkt schaffen.

Kontakt:

Thomas Fuhrmann, Projektleiter Integrationsvorlehre, Staatssekretariat für Migration (SEM), thomas.fuhrmann@sem.admin.ch
Michèle Baehler, Sektion Gesundheitliche Chancengleichheit, Michele.Baehler@bag.admin.ch

Link:

<https://tinyurl.com/y9vzsbz8>

Forum

Suizidprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe



Prof. Dr. med. Thomas Reisch,
Ärztlicher Direktor, Psychiatriezentrum
Münsingen (PZM)

Den Zugang zu Suizidmöglichkeiten zu erschweren, kann viele Menschenleben retten und ist eine sehr erfolgreiche suizidpräventive Massnahme. Dies, weil die meisten Menschen keine andere Suizidart wählen, wenn die eine Vorgehensweise erschwert wird. Ein eindrückliches Beispiel ist die Reduzierung des Zugangs zu Schusswaffen. Andere Beispiele sind

Geländer oder hohe Netze bei Brücken. Die Beispiele zeigen aber auch: Die Umsetzung solcher Interventionen liegt oft ausserhalb der Gesundheitspolitik.

Unsere Forschungsgruppe konnte den positiven Effekt der Armeereform XXI auf die Schusswaffensuizide in der Schweiz nachweisen. Durch die Armeereform im Jahre 2003 wurde die Armeestärke halbiert und die Schwelle erhöht, die Armeewaffe nach der Militärzeit zu behalten. Damit sank die Anzahl Armeewaffen bei Männern zwischen 19 und 43 Jahren (Zeit der Rekrutenschule und der Wiederholungskurse) deutlich. Und in der Folge sank auch die Anzahl Suizide mit einer Armeewaffe.

Unsere Forschung zeigt, dass die Abnahme der Schusswaffensuizide ausschliesslich auf die Abnahme der Suizide mit der (ehemaligen) Armeewaffe zurückzuführen ist. Die jungen Männer wählten nur zu einem

kleinen Teil (22 Prozent) andere Suizidmethoden. Die Zahl der Schusswaffensuizide mit anderen Waffentypen veränderte sich nicht signifikant. Obwohl nie als solche geplant, war die Armee reform die erfolgreichste Suizidpräventionsmassnahme der Schweiz seit der Entgiftung des Haushaltsgases Ende der 1960er-Jahre.

Die meisten Suizidenten wollen nicht sterben. Ihr Leidensdruck ist aber so gross – und ihr Denken und Fühlen entsprechend eingeschränkt –, dass sie keinen anderen Ausweg sehen. Verhinderte Suizide führen in den meisten Fällen nicht zu einem späteren Suizid. In einer grossen US-Studie wurden 515 Menschen untersucht, die davon abgehalten worden waren, von einer Brücke zu springen. In den 26 Folgejahren waren nur 5 Prozent dieser Menschen an Suizid verstorben. Die meisten finden also wieder ins Leben zurück, wenn man ihren Suizid verhindert – zum Beispiel indem der Zugang zum Suizid erschwert wird.

Schusswaffensuizide sind in der Schweiz die zweithäufigste Suizidmethode. In kaum einem anderen europäischen Land ist es so einfach, sich eine Schusswaffe zu beschaffen, und in keinem europäischen Land gibt es in den privaten Haushalten so viele Schusswaffen. Die Schusswaffensuizidrate ist in der Schweiz etwa drei Mal so hoch wie der Durchschnitt aller anderen europäischen Länder. Der Suizid mit Schusswaffe wird besonders häufig ohne grosse Planung durchgeführt. Es ist deshalb wichtig, die Hürde zu erhöhen, an eine Waffe heranzukommen.

Kontakt: thomas.reisch@pzmag.ch

«Viele Vorgesetzte wissen gar nicht, wo die Mitarbeitenden der Schuh drückt»

5 Fragen an Stephanie Lauterburg Spori, Arbeitspsychologin MAS und wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Eidgenössischen Arbeitsinspektion des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), wo sie unter anderem bis Ende 2018 den Vollzugsschwerpunkt psychosoziale Risiken koordinierte.

1 Welches sind die wichtigsten psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz?

Es geht vor allem um Stress, Mobbing und sexuelle Belästigung. Weitere Stichworte sind schlechte Arbeitsabläufe, Termindruck, ungeeignete Arbeitsumgebung oder schwierige soziale Beziehungen. Die möglichen Folgen sind vielfältig: Motivationsverlust, Schlafstörungen, muskuloskeletale Beschwerden, Angstzustände, Burn-out, Depression, Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Diese betreffen nicht nur den Mitarbeitenden selbst, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen, die zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen und am Ende die gesamte Organisation, weil die Person nicht mehr voll leistungsfähig ist und die Unfallgefahr steigt. Bei einer längeren, krankheitsbedingten Abwesenheit fallen auch Kosten an. Es ist deshalb in mehrfacher Hinsicht im Interesse des Betriebes, dass die Mitarbeitenden gesund bleiben.

2 Was unternimmt das SECO, um diese Risiken zu senken?

Im Arbeitsgesetz steht, dass die Arbeitgeber den Schutz der psychischen und physischen Gesundheit ihrer Angestellten gewährleisten. Die Oberaufsicht darüber liegt beim SECO, der Vollzug bei den kantonalen Arbeitsinspektoraten. Weil die psychosozialen Risiken stetig zunehmen, fokussierte das SECO 2014 bis 2018 auf dieses Thema. Mit Weiterbildungen und

einem Leitfaden unterstützte das SECO die Arbeitsinspektorinnen und Arbeitsinspektoren dabei, die psychosozialen Risiken in ihre Inspektionstätigkeit zu integrieren. Den Unternehmen wurde Informationsmaterial zur Prävention psychosozialer Risiken zur Verfügung gestellt. Zudem nahm das SECO an Veranstaltungen teil, um die Aufmerksamkeit von Führungskräften und Experten für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz auf die Thematik zu lenken.

Die Inspektoren wurden aufgefordert, psychosoziale Risiken bei ihren Besuchen systematisch anzusprechen und die Unternehmen für ihre Verantwortung in diesem Bereich zu sensibilisieren. Wichtig ist, dass der Betrieb ein System hat, mit dem er Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sicherstellen kann. Existiert ein entsprechendes Leitbild? Gibt es eine offene Kommunikationskultur zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden darüber, was belastet und ärgert – und zwar in beide Richtungen?

3 Wie können Unternehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirkungsvoll schützen?

Belastungen frühzeitig zu kennen, ist das A und O. In Kleinbetrieben genügt eventuell schon eine wöchentliche Sitzung, an der alle sagen können, was sie beschäftigt. Genügt das nicht oder ist der Betrieb für den direkten Austausch zu gross, können die Unternehmen



«Unternehmen müssen die Voraussetzungen für präventives Handeln schaffen, also Aufgaben und Zuständigkeiten klären und entsprechende Fachpersonen ausbilden», sagt Stephanie Lauterburg Spori.

psychische Belastungen durch Beobachtungen und Befragungen ermitteln. Es gibt erprobte Erhebungsinstrumente für diesen Zweck. Es kann dabei sinnvoll sein, eine Fachperson beizuziehen, um problematische Abläufe und Rahmenbedingungen zu eruieren und Verbesserungen einzuleiten.

Unternehmen müssen die Voraussetzungen für präventives Handeln schaffen, also Aufgaben und Zuständigkeiten klären und entsprechende Fachpersonen ausbilden. Die Unternehmen sollen Umgangsformen sowie die Folgen bei Zuwiderhandlung festlegen und die Belegschaft über diese Entscheidung informieren. Wichtig ist auch, dass die Betriebe Belastungen ermitteln und Massnahmen treffen, um diesen Belastungen entgegenzuwirken – gemeinsam mit den Mitarbeitenden. Fallen beispielsweise in einer Abteilung über einen längeren Zeitraum viele Überstunden an, so sollen die Verantwortlichen dort genauer hinschauen. Warum haben sich Überstunden angehäuft? Was würde zur Verbesserung der Situation beitragen?

4 Sind sich die Führungskräfte ihrer Verantwortung bewusst?

Nicht immer. Manchmal fehlt das Wissen, dass die Ursachen von Stress und anderen psychosozialen Risiken in einer ungünstigen Arbeitsumgebung liegen. Mögliche Ursachen von Stress sind beispielsweise hohes Arbeitstempo, Termindruck, mangelnde Unterstützung durch den Chef oder fehlende Wertschätzung. Es geht nicht nur um grosse Arbeitsmengen oder

Überforderung, sondern auch um Faktoren, welche die Arbeit erschweren: fehlende Informationen, ungeeignete Arbeitsmittel, unklare Schnittstellen, fehlende Gestaltungsspielräume. Viele Vorgesetzte wissen gar nicht, wo die Mitarbeitenden der Schuh drückt. Es braucht eine offene und transparente Kommunikation zwischen Führungskräften und Untergebenen. Die Leute müssen Probleme ansprechen dürfen, ohne negative Folgen erwarten zu müssen.

5 Was ist Ihr Fazit nach Abschluss des Vollzugsschwerpunkts Ende 2018?

Es gibt ermutigende Ergebnisse. Die Evaluation bestätigt, dass Inspektionsbesuche zu Veränderungen in den Unternehmen führen. Sie wirken sich positiv aus auf das betriebliche Management von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie auf die Bereitschaft, den psychosozialen Risiken vorzubeugen. Wir haben jedoch festgestellt, dass psychosoziale Risiken von den Vorgesetzten tendenziell als individuelle Probleme gesehen werden. Die Arbeitsumgebung, die ursächlich für das Problem sein kann, scheint nur eine marginale Rolle zu spielen. Damit beschränkt sich die Intervention des Betriebs häufig auf freiwillige Unterstützungsmassnahmen und eine mehr oder weniger informelle Bearbeitung von Problemfällen.

Kontakt:

Stephanie Lauterburg Spori, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Eidgenössische Arbeitsinspektion, SECO, stephanie.lauterburg@seco.admin.ch



Stress und Mobbing am Arbeitsplatz können die Gesundheit stark beeinträchtigen. Motivationsverlust, Depressionen bis zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen können die Folge sein.

Mit baulichen Massnahmen die Bewegung im Alltag fördern

Wachsende Bevölkerung, wachsende Mobilität, wachsende Ansprüche an die Freizeitgestaltung – all dies hat Auswirkungen auf die Raumentwicklung. Mit den «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung» soll die Lebensqualität verbessert und auch die Gesundheit der Menschen gefördert werden.

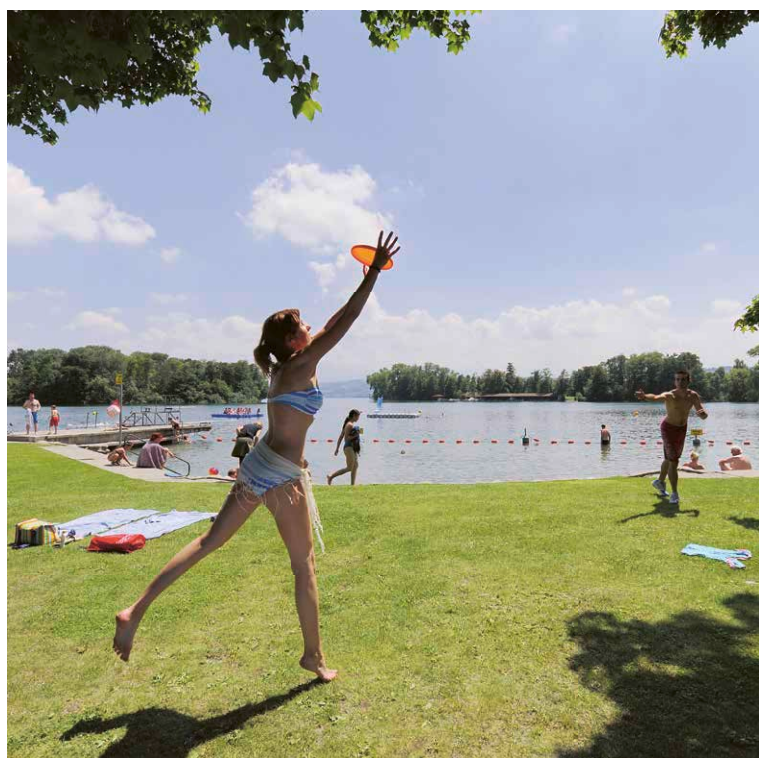
Viele Schweizer Dörfer und Städte wachsen stetig und breiten sich in die Landschaft aus. Um der Zersiedelung Einhalt zu gebieten, wird deshalb vermehrt verdichtet gebaut. Dennoch sollen Dörfer und vor allem städtische Gebiete lebenswert bleiben oder idealerweise sogar noch aufgewertet werden, etwa mit zusätzlichen Grünflächen. Das verlangt nach innovativen Ansätzen und grenz- beziehungsweise amtsübergreifender Zusammenarbeit.

Seit dem Jahr 2002 führt das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) die «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung» durch. In der ersten Phase (2002–2007) lag der Fokus auf der Zusammenarbeit in Agglomerationen. In der zweiten Phase (2007–2011) standen Themen wie nachhaltiger Tourismus oder Nutzen-Lasten-Ausgleichssysteme im Zentrum. In der dritten Phase (2014–2018) lag der Fokus unter anderem auf der Freiraumentwicklung in Agglomerationen, weshalb die Bundesämter für Strassen (ASTRA), Gesundheit (BAG), Sport (BASPO) und Wohnen (BWO) ins Boot geholt wurden. Denn um eine integrale Freiraumentwicklung zu erreichen, sind Langsamverkehr, Sport und Bewegung wichtige Bereiche. «Wir suchten das Gespräch mit den zusätzlichen Ämtern, da wir die Themen für die Zusammenarbeit wichtig fanden», so Melanie Butterling, Programmkoordinatorin der «Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung».

In der dritten Phase ging es um bewegungsfreundlichere, aber auch sicherere Freiraumentwicklung. Das BAG empfiehlt für Kleinkinder drei Stunden Bewegung am Tag, für Schulkinder und Jugendliche mindestens eine Stunde pro Tag sowie für Erwachsene entweder zweieinhalb Stunden Bewegung pro Woche in mittlerer Intensität oder halb so viel Zeit Bewegung in hoher Intensität.

Aber wie kann via Raumentwicklung mehr Bewegung in den Alltag gebracht und zugleich die Strassensicherheit erhöht werden? Die Kinder sollen beispielsweise draussen spielen können, ohne zunächst lange Wege zurücklegen zu müssen. Sind die Wege dennoch

lang, so sollen sie wenigstens so sicher wie möglich gestaltet sein. Insgesamt 31 solcher Modellvorhaben wurden mit rund 3,4 Millionen Franken gefördert und von Kantonen, Gemeinden, Unternehmen, Verbänden und weiteren regionalen Akteuren umgesetzt.



Modellvorhaben Sursee-Mittelland: Die Raumentwicklung so gestalten, dass genügend Raum für Bewegung bleibt.

Innovation und Pioniergeist

Modellvorhaben sind vor allem kreative, teils gar experimentelle Projekte, bei denen Innovation und Pioniergeist gefragt sind. Nicht alle Projekte werden zu 100 Prozent umgesetzt – doch durch deren Planung und Ausarbeitung lernen die beteiligten Stellen und Ämter, wie die Zusammenarbeit aussehen könnte. Stellvertretend werden an dieser Stelle einige Modellvorhaben der dritten Phase präsentiert.

Metropolitanraum Zürich: In der Pilotregion Regio Wil bestand das Ziel darin, Erholungsräume einer breiten Bevölkerung innert 15 Minuten zu Fuss oder per Velo sicher erreichbar zu machen. So wollten die Projektverantwortlichen den motorisierten Freizeitverkehr verringern, die Lebensqualität in der

Agglomeration verbessern und darüber hinaus die Bewegung und damit auch die Gesundheit der Menschen fördern. Zudem erarbeitete man Massnahmen, mit deren Hilfe sich die Naherholungsgebiete über das Velo- und Wanderwegnetz besser erschliessen lassen. In der Pilotregion Luzern Ost versuchte man, die Interessen von Fuss- und Veloverkehr sowie von Veloverkehr und Naturschutz unter einen Hut zu bringen, um sichere Zugänge zu den Naherholungsgebieten und attraktive Fussgänger- und Veloverbindungen durch das Rontal zu schaffen.

Bewegungsfördernde Räume in Winterthur und Dübendorf: Für die zukünftige Siedlung Werk 1 auf dem ehemaligen Sulzer-Industrieareal konnten dank des Modellvorhabens Nutzerinteressen und -bedürfnisse in die Planung miteinbezogen werden. Auf Initiative des Modellvorhabens und des Sportamts Winterthur will die Stadt Winterthur nun einen urbanen Bewegungs- und Fitnessparcours einrichten. Bewegung und Sport als Schlüsselthemen bei der Stadtplanung sind dabei ein absolutes Novum.

Sursee-Mittelland: Hier arbeiteten Regionalplaner, Ortsplaner, die Fachstelle Gesundheitsförderung des Kantons Luzern, die Stadt Sempach, Pro Senectute Luzern und Fussverkehr Schweiz zusammen. Auf diese Weise konnten

wichtige Erkenntnisse in verschiedene Bereiche einfließen, zum Beispiel ins regionale Altersleitbild, ins Sportmanagement der Region Sursee-Mittelland, in die regionale Velonetzplanung und in weitere bestehende Projekte im Sinne der Bewegungsförderung.

Nun folgt die vierte Runde

Dieses Jahr gehen die Modellvorhaben in die vierte Runde. In den Jahren 2020–2024 wird es fünf Themenschwerpunkte geben: Chancen der Digitalisierung und Grundversorgung, integrierte Regionalentwicklung, Landschaft als Mehrwert, Wohnen und demografischer Wandel sowie kurze Wege und bewegungsfördernde Siedlungen. Insbesondere beim letzten Thema werden wieder Sport und Bewegung im Vordergrund stehen.

Kontakte:

Fabienne Keller, Sektion Gesundheitsförderung und Prävention
Fabienne.Keller@bag.admin.ch

Melanie Butterling, Programmkoordinatorin Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung, Bundesamt für Raumentwicklung (ARE),
melanie.butterling@are.admin.ch

Impressum: spectra 123, Februar 2019

«spectra – Gesundheitsförderung und Prävention» ist eine Informationsschrift des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und erscheint viermal jährlich in Deutsch, Französisch und Englisch. Sie bietet in Interviews und in der Rubrik «Forum» auch Raum für Meinungen, die sich nicht mit der offiziellen Haltung des BAG decken.

Herausgeber: BAG, 3003 Bern, Tel. 058 463 87 79, Fax 058 464 90 33, www.bag.admin.ch

Realisation: Adrian Heuss, advocacy ag
Leitung Redaktionskommission: Adrian Kammer, adrian.kammer@bag.admin.ch

Redaktionskommission: Agathe Blaser, Claudia Brunner, Eva Zwahlen, Adrien Kay, Selina Lusser-Lutz, Esther Walter

Textbeiträge: Adrian Heuss, advocacy ag, Susanne Stettler, advocacy ag, Mitarbeitende des BAG, weitere Autorinnen und Autoren

Fotos/Copyrights: Autorinnen, Autoren, H. Tobler, M. Bernet, Bildagenturen, Titelbild: Nachhaltige Schule, éducation21, C. Etter

Layout: Vischer Vettiger Hartmann AG, Basel

Druck: Bütiger AG, 4562 Biberist
Auflage: 6400 Ex. deutsch, 3400 Ex. französisch, 1050 Ex. englisch

Einzel Exemplare und Gratisabonnemente von spectra können bestellt werden bei:

Bundesamt für Gesundheit, Sektion Gesundheitsinformation und Kampagnen, 3003 Bern, kampagnen@bag.admin.ch

Die nächste Ausgabe zum Thema «Gesund altern» erscheint im Mai 2019.

Kontakte:

Sektionen, Fachstellen

Abteilung Prävention nicht übertragbarer Krankheiten 058 463 87 11

Sektion Prävention und Promotion (Übertragbare Krankheiten) 058 463 88 11

bildung + gesundheit Netzwerk Schweiz 058 462 62 26

Sektion Gesundheitliche Chancengleichheit 058 463 06 01

Sektion Nationale Gesundheitspolitik 058 463 06 01

Sektion Gesundheitsinformation und Kampagnen 058 463 87 79

www.spectra-online.ch